

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Rtn 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21296, Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,
unter Eingelad 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Weltweite Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Stellungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landes-Kulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabgleich
der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsliste von Holzplanken auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 68

Mittwoch, 23. März

1921

Kinderzulagen der Staatsbeamten.

(N.) Der Landtag hat am 10. dieses Monats beschlossen, daß die Neuregelung der Kinderzulagen der Staatsbeamten abweichend von der Regierungsvorlage nicht erst vom 1. Januar 1921, sondern rückwirkend vom 1. April 1920 ab durchzuführen sei. Hiergegen bestehen wegen der finanziellen Folgen Bedenken. Das Gesamtministerium hat daher beschlossen, das Gesetz gemäß Artikel 35 der Verfassung zur nochmaligen Beschlussfassung an den Landtag zurückzugeben.

Konferenz der Ernährungsminister.

(W. M.) Die nächste Konferenz der Ernährungsminister findet am Montag, den 4. April, vormittags 9 Uhr, in Bremen statt. Auf der Tagesordnung stehen die Umstellung der Milchwirtschaft, sowie die Beschränkung des Fremdenverkehrs.

Weitere Sanktionen?

Paris, 21. März. Pomarcé schreibt heute in „Matin“, es sei ein Widerspruch im Friedensvertrag, daß die Zahlungen, die Deutschland leisten müsse, auf 30 Jahre berechnet seien, während sich die Dauer der Hypothek, also der Besetzung, nur auf 15 Jahre erstreckt. Gewiß, erklärt der Art. 430, falls Deutschland sich weigere, seine Verpflichtungen zu erfüllen, könnten gewisse Zonen, die Art. 429 bestimmt, sofort oder später besetzt werden. Aber ein Pfand wieder zu ergreifen, das man aufgegeben habe, sei niemals ein leichtes Werk. Man sei davon benachrichtigt worden, daß Deutschland 12 Milliarden Goldmark, die es von den 20 Milliarden noch zu bezahlen habe, nicht zahlen werde. Die systematische Verletzung der Vertragspflichten werde morgen zu den vielen anderen kommen, welche die Verbündeten in London festgelegt hätten. Dies werde notwendigerweise zu weiteren Sanktionen führen, welche die Verbündeten nicht im Geiste des Friedens und der Beschränkung ergreifen könnten, sondern um auf die Moral der deutschen Bevölkerung einwirken zu können.

Dieser Fall zeigt erneut, daß der Friedensvertrag von Versailles nach Ansicht seiner Urheber noch nicht genügend Handhaben zur Unterdrückung Deutschlands enthält und daß sie immer wieder darauf ausgehen, Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die geringen Rechte, die der Vertrag Deutschland gelassen hat, durch nachträgliche Ergänzungen und willkürliche Interpretationen weiter zu verringern. Nebenfalls stehen eben die von Pomarcé gemachten Vorschläge im Widerspruch zu dem Versailler Vertrage. Dabei muß es sein Bewenden haben.

Eine deutsch-niederländische Vereinigung.

London, 21. März. Wieder wurde eine deutsch-niederländische Vereinigung gegründet, der bereits 400 Personen beigetreten sind. Bei der Gründungsfeier hielt der Utrechter Prof. Hugo Böcher eine Ansprache. Auch der holländische Botschafter aus Frankfurt nahm an der Gründungsfeier teil. Der Vorstand der neuen deutsch-niederländischen Vereinigung setzt sich aus den angesehensten Persönlichkeiten des Landes zusammen.

Uebergriffe polnischer Truppen in Litauen.

Rowno, 22. März. Die litauische Telegraphen-Agentur meldet: In der Nacht vom 17. zum 18. d. M. kam eine Kompanie polnischer Truppen nach dem Gute Pochowinty. Etwa 30 Soldaten der Kompanie überschritten die Demarkationslinie, drangen in das Städtchen Schitwinj ein und plünderten einige Geschäfte aus. Von litauischer Seite wurde zur Untersuchung des Vorfalls eine Patrouille entsandt, von der drei Mann durch die Polen gefangen genommen und bestialisch niedergemetzelt wurden. Nach dieser Tat begab sich die polnische Abteilung wieder auf polnisches Gebiet. Die litauische Regierung wird schärfsten Protest gegen solche gesetzwidrigen Handlungen erheben.

Nach der Abstimmung in Oberschlesien.

Annullierung im Kreise Pleß?

Dresdau, 22. März. Wie hier verlautet, haben die italienischen Besatzungsbehörden im Kreise Pleß die Abstimmung mit der Begründung annulliert, daß angesichts des polnischen Terrors in diesem Kreise von einer wirklichen Abstimmungsfreiheit keine Rede gewesen wäre und daß Abstimmungsergebnisse daher als verfallt angesehen werden müsse.

Grenzschutz gegen Polen.

Dresdau, 22. März. Aus den Kreisen Rybnik und Pleß kommt folgende aufsehenerregende Meldung, die nach der Befähigung bedarf: Besten wurden in Rifolai und Umgebung verschiedene zuverlässige, meist deutschgeübte und vorbestrafte Bürger von englischer Seite aufgefordert, sich zum Schutze der Grenzen der Kreise Pleß und Rybnik zur Verfügung zu stellen. Sie sind heute an ihre Bestimmungsorte abgereist, wo sie von Engländern bewaffnet wurden und den italienischen Truppen zur Verstärkung bei der Grenzbesetzung an der polnischen Grenze zugeteilt werden. In einzelnen Dörfern sind bis zu 10 Mann angefordert worden.

Der Wiederaufbau Frankreichs.

Paris, 22. März. Der Präsident der französischen Republik, Millerand, wohnte gestern nachmittags der Sitzung der Gesellschaft der Zivilingenieure Frankreichs bei. Die Versammlung beschäftigte sich in erster Linie mit der Frage der Wiederherstellung der während des Krieges angelegten Werksanlagen. In der Aussprache ergriff Ministerpräsident Millerand das Wort und sagte u. a., der Wiederaufbau muß energisch fortgesetzt werden. Unsere Pflicht ist es, vom Schuldner die Befreiung seiner Schuld zu verlangen. Millerand verließ sodann in die üblichen Redewendungen und erinnerte an die Ergebnisse der Londoner Konferenz. Weiter sagte er, Frankreich habe sich sofort ans Werk gemacht, um seine Bergwerke und Fabriken, die der Feind für lange Zeit lahmgelegt zu haben glaubte, wieder herzustellen. Er schloß seine Rede mit der Mahnung zur Arbeit und Emsigkeit.

Paris, 22. März. Die vom Allgemeinen Arbeiterverbande CGT. einberufene Konferenz hat gestern nachmittags ihre Arbeiten fortgesetzt. In Beginn der Sitzung wurde ein schriftlicher Bericht der CGT. verlesen, in dem gesagt wird: Welche Lösung man auch der Frage des Wiederaufbaus geben wolle, ob Reparation durch Deutschland oder internationale Finanzhilfe, so sei es doch unerlässlich, einen Wiederaufbauorganisationismus zu schaffen, dem man alle technischen Hilfsmittel zur Verfügung stellen solle, um einen bis jetzt nicht bestehenden Gesamtplan auszuführen. Joubert erklärte im Laufe der Aussprache, man müsse das Wiederaufbauproblem in Angriff nehmen, obwohl es schwierig sei. Es handle sich hierbei nicht um ein politisches Problem, sondern um ein Problem auf Leben und Tod. Seit dem Waffenstillstand sei außer den Anstrengungen von Privatpersonen nicht viel für den Wiederaufbau geschehen. Deshalb habe der Allgemeine Arbeiterverband sich entschlossen, eine Untersuchung zu veranstalten, und hierzu die Hilfe der Geschädigten selbst anzufragen. Auch der Abgeordnete Ledas erklärte, die Wiederaufbaufrage hänge von der Mitarbeit anderer Völker, hauptsächlich aber von der Hilfe des deutschen Volkes ab. Schließlich wurde ein Organisationsausschuß eingesetzt, dessen Aufgabe darin besteht, baldigst praktische Vorschläge zu machen. Am Abend wurde dann einstimmig eine Entschließung angenommen, wonach am 24. nächsten Monats in Paris ein allgemeiner Kongress der Geschädigten veranstaltet wird, der in praktischer und methodischer Form ein Wiederaufbauprogramm festlegen soll. Darauf wurden die Verhandlungen geschlossen.

Die Reparationsbill.

London, 21. März. Das Oberhaus hat die deutsche Reparationsbill in zweiter Lesung angenommen.

Amerikanische Flottenbasis in Afrika

New York, 21. März. Aus Madrid wird nach hier gemeldet, daß einem Bericht zufolge Liberia an die Vereinigten Staaten eine Flottenbasis an der afrikanischen Westküste abtreten werde. Die Zeitung „Korbo Mundo“ schreibt, eine amerikanische Fregatte würde der erste Schritt sein für die Niederlassung der Vereinigten Staaten auf afrikanischem Boden. Die Zeitung regt den Verkauf der Kolonien Spanisch-Guinea, Rio de Oro und Fernando Po an die Vereinigten Staaten an.

Vollregime im Rheinland.

Paris, 22. März. Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, wird der Botschafter sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Berichte der interalliierten Rheinlandskommission in Koblenz über die Errichtung eines Vollregimes im Rheinlande befassen. Als Grundlage für die Verhandlungen dient eine Denkschrift von 50 Seiten, die eingereicht wurde. Das Blatt sagt, daß dieser Bericht einmütig von der Rheinlandskommission angenommen wurde. Es sei möglich, daß seine hauptsächlichsten Konklusionen von dem Botschafter angenommen werden würden.

Neuordnung des Arbeitsrechts.

Berlin, 22. März. Vom Reichsarbeitsministerium wird uns mitgeteilt: Der Ausschuss für die Neuordnung des Arbeitsrechts hat in der Woche vom 7. bis 12. März d. J. im Reichsarbeitsministerium gelagt. An den beiden ersten Tagen haben sich zwei seiner Unterausschüsse mit den Fragen des Angehörigenrechts und des allgemeinen Arbeitsvertragsrechts beschäftigt. Es lagen mehrere Entwürfe vor. Es soll zunächst unter Benützung der bereits vorhandenen Vorentwürfe der Entwurf eines Gesetzes über das allgemeine Arbeitsvertragsrecht ausgearbeitet werden, dessen Bearbeitung Dr. Heim Pothhoff übernommen hat. Hierbei soll die Arbeit so gefördert werden, daß bereits im Herbst die endgültige Beschlussfassung des Arbeitsrechtsausschusses erfolgen kann. An drei Tagen hat sodann der Gesamtausschuß über den von Prof. Singheim aufgestellten Entwurf eines Tarifvertragsgesetzes beraten.

Die englische auswärtige Politik.

Paris, 21. März. Heute wurde im Senat der Bericht Lucien Dubertis über das Budget der auswärtigen Angelegenheiten verlesen. In der Einleitung wird, wie davon bemerkt, eine bemerkenswerte Darstellung der englischen auswärtigen Politik gegeben. Der Berichterstatter weist auf die Geschicklichkeit Englands hin, mit der es sich überall Freunde gewinnt und Feinde in allen Parteien aus allen Gruppen der fremden Länder besitze. England habe überall seine Augen, Ohren und Hände. Es würde gut sein, wenn die französische Diplomatie sich dieses Vorgehens zum Muster nehme, das dem Freunde und Nachbarn so glänzende Ergebnisse gesichert habe. Zur Reparationsfrage gibt der Berichterstatter eine Darstellung über die Rolle der Reparationskommission und macht eine Reihe von Zahlenangaben, die sich besonders auf die von Frankreich und seinen Verbündeten erlittenen Schäden sowie auf die bereits von Deutschland erfolgten Leistungen beziehen. Die provisorischen Abschätzungen der Frankreich zugefügten Schäden seien auf 218 541 596 120 Franc festgelegt.

Die Kämpfe der Franzosen mit den Arabern.

Jes, 21. März. (Kadua.) Der Vormarsch der von Ajjal kommenden Abteilung fand im schwierigen Gelände unter äußerst ungünstigen Verhältnissen statt. Die Abteilung wurde unterwegs angegriffen und mußte bis Einbruch der Nacht kämpfen. Erst gegen 6 Uhr abends erreichte sie die Gegend von Dschebel-Nagar, wo sie bivouakierte. Die feindlichen Verluste sind noch schwerer als bei dem Gefechte vom 16. d. M.

Der deutsche Sieg in Oberschlesien.

Was werden die Verhandlungsmächte tun?

Die Würfel in Oberschlesien sind gefallen: das Abstimmungsergebnis vom Sonntag hat eine beträchtliche Mehrheit zugunsten des Deutschtums ergeben. Zwar weisen einige kleinere Bezirke in unmittelbarer Nähe der polnischen Nachbarschaft ein polnisches Übergewicht auf; im ganzen aber hat sich gezeigt, daß das deutsche Element in Oberschlesien dem polnischen an Zahl erheblich überlegen ist. Nunmehr handelt es sich um die politische Auswertung des ober-schlesischen Abstimmungsergebnisses. Daß mit der Beibehaltung der alten Grenze zwischen Polen und Preußen zu rechnen sein wird, ist nach Lage der Dinge kaum anzunehmen, denn der ganze Gedanke, überhaupt durch Volksentscheid über das zukünftige Schicksal Oberschlesiens bestimmen zu lassen, ist der Abstimmung entsprungen, Deutschland auch an dieser Stelle eine unheilbare Wunde zuzufügen. Man braucht ja in dieser Beziehung sich nur auf die französische Presse zu verlassen, die gerade jetzt bemerkenswerte Entschuldigungen darüber macht, wie man in den Kreisen der Weltmächte auf den Gedanken verfiel, das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland angustien.

Nach der „Gazette“ ist nämlich der eigentliche Anführer der ganzen ober-schlesischen Frage der General Lerond gewesen, der jetzt als interalliiertes Oberkommissar in Duppeln wirkt. Dieser Herr, dem die im Krieg erworbenen Vorbeuren wohl nicht genügen, hat Clemenceau und Lloyd George auf die Tatsache aufmerksam gemacht, daß, wenn Deutschland Oberschlesien behielte, es im Besitze seiner Kriegswirtschaft bliebe, von der es bei einem Neuanfang der ausbleibenden Gebrauche machen würde. Dieser Gedanke erschien Clemenceau sehr einleuchtend, und wenn es noch ihm und Lerond gegangen wäre, dann wäre die Abstimmung unterblieben und Oberschlesien wäre einfach durch Diktat in Versailles Polen überantwortet worden. Daß es anders kam, ist also, so heißt es, das Verdienst Lloyd Georges, der ja dann auch gegenüber dem scharfmachtigen Vorgehen des Gen. Lerond mehr als einmal seinen dämpfenden Einfluß ausüben mußte.

Das für Deutschland so überaus günstige Abstimmungsergebnis wird besonders in Paris mit harter Verstimung betrachtet werden, und man wird mit um so größerem Nachdruck auf den Versailler Vertrag verweisen, der dem Obersten Rate das Recht gibt, unabhängig von dem Ausgange der Volksabstimmung die letzte Entscheidung zu treffen. Der Anhang zu Artikel 88 des Friedensvertrages sieht in § 6 die Bestimmung vor, daß die interalliierte Kommission in Duppeln den Mächten die Anzahl der für die beiden Parteien abgegebenen Stimmen mitteilt und zugleich über den Verzug der Abstimmung Bericht erstattet unter gleichzeitiger Hinzufügung eines Vorschlags hinsichtlich der zukünftigen Grenzführung. Was unter diesen Umständen von dem Vorschlage des Gen. Generals Lerond zu erwarten ist, kann man sich denken. Immerhin werden die Verhandlungsmächte vor der Welt das Abstimmungsergebnis nicht gewaltsam durch ein Deutschland schädigendes Diktat fällen können. Die Bestimmung des Friedensvertrages, daß der von den Einwohnern ausgedrückte Wunsch, wie auch die geographische und wirtschaftliche Lage der Ortshäfen bei der endgültigen Grenzfestlegung zu berücksichtigen sei, ist zwar sehr dehnbar, aber gerade der innige Zusammenhang der einzelnen Wirtschaftszweige Oberschlesiens wird eine Teilung des Landes so gut wie unmöglich machen, wenn nicht die Lebensfähigkeit der ganzen Provinz vernichtet werden soll.

Die Verantwortung, welche die Verhandlungsmächte also bei ihrer letzten Entscheidung übernehmen, ist nicht gering, denn letzten Endes handelt es sich hierbei nicht nur um das Schicksal Oberschlesiens allein, sondern zugleich auch um dasjenige Deutschlands, das nur aus Grund der ober-schlesischen Bodenschätze und des Gewerbes seiner Bewohner überhaupt in der Lage ist, die finanziellen Anforderungen der Verhandlungsmächte annähernd zu befriedigen. Darüber hinaus hängt aber der Wiederaufbau ganz Europas von dem Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland ab, da das fruchtbarste und merkantile Land